

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Pl., monatlich 4,80 Pl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Pl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Pl., monatlich 5,39 Pl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Pl., Danzig 8 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige Reklamezeile 125 Groschen, Danzig 10 bz. 80 Dz. Pl. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Bei Platzschwierigkeit erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 165.

Bromberg, Sonntag den 20. Juli 1930.

54. Jahrg.

Hindenburg-Wahlen.

Die Regierung hatte offensichtlich gehofft, mit knapper Not an der Klippe der Ablehnung der Notverordnung vorbeizukommen und damit die Auflösung des Reichstags vermeiden zu können. Sonst hätte sie zweifellos den deutschnationalen Vorschlag angenommen und mit Hilfe der Rechten eine Vertagung des sozialdemokratischen Aufhebungsantrags erreicht. Es ist nicht zu leugnen, daß Eugenberg in letzter Stunde mit diesem Vorschlag parteitaktisch nicht ungeschickt die Situation von neuem verwirrte. Er hat dadurch die Schuldfrage bei der Reichstagsauflösung von sich auf die Regierung abgeschoben; denn es bestand immerhin die Möglichkeit, daß bei einer Annahme seines Vorschlags das Dürstergesetz noch in dritter Lesung vor den Sommerferien durchgegangen wäre.

Aber diese parteitaktischen Erwägungen hatten für die Entscheidung der Regierung keine grundlegende Bedeutung. Zwar ist sie gezwungen, die soeben verkündeten Notverordnungen zur Sanierung der Finanzen wieder zurückzuziehen; aber der Reichspräsident wird sie bereits in der nächsten Woche von neuem verkünden und dann wahrscheinlich gleichzeitig im Wege der Notverordnung das Dürstergesetz in Kraft treten lassen. Durch die Stilllegung des alten Reichstags brachte also der Gang der Gesetzgebungsmaschine nicht unterbrochen zu werden. Es kommt jetzt nur noch auf den neuen Reichstag an, der diese vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnungen ablehnen oder annehmen kann.

Als die Regierung den deutschnationalen Vertagungsantrag ablehnte, rechnete sie zunächst wahrscheinlich mit keinem Erfolg des sozialdemokratischen Ablehnungsantrages. Sie hoffte offenbar, daß die Session der Westarp-Gruppe genügen würde, um ihr eine knappe Mehrheit zu sichern. Sie glaubte vielleicht, auch nach der Probeabstimmung über den eingebrachten Mißtrauensantrag noch Zeit zu neuen Entscheidungen zu haben; — eine Möglichkeit, die ihr durch die Zurückziehung dieses Antrags durch die vereinigten Links- und Rechtsopposition im letzten Augenblick genommen wurde.

Diese Erwägungen mögen das Kabinett zur Ablehnung des deutschnationalen Vertagungsantrages zweifellos mitbestimmt haben; entscheidend waren sie nicht. Entscheidend waren für das durch parlamentarische Querstreifen in seiner Reformarbeit auf Schritt und Tritt gehemmte Minderheiten-Kabinett Brüning einzig und allein der Wunsch, endlich durch Neuwahlen eine ausreichende Mehrheit, oder, falls das nicht gelingen sollte, eine klare Bahn für diktatorische Übergangsformen zu gewinnen.

Der Weg des Kanzlers Brüning kann nicht nach links, er kann nur nach rechts führen. Die Erweiterung seiner Regierung war ohne eine Zerschlagung der Deutschnationalen Partei, oder richtiger gesagt, ohne die Ausschaltung ihres Parteiführers Eugenberg nicht denkbar. Der Kanzler mußte zunächst den verzweifeltsten Versuch unternehmen, — und dieser Versuch tritt jetzt in sein aktuelles Stadium — eine gemäßigte Rechte zusammen mit den Mittelparteien hinter sich zu bringen. Gelingt dieser Versuch nicht, dann liegt die Entscheidung wieder bei Hindenburg und bei den Nerven seiner Vertrauensmänner im Kabinett, zu denen in erster Linie der Zentrumsführer Brüning, der Demokrat Dietrich und der Deutschnationale Schiele gehören.

Die kommenden Wahlen im Deutschen Reich haben eine hochpolitische Bedeutung. Die Regierung beginnt den Wahlkampf mit der Verkündung von unpopulären Steuererhöhungen. Ihre Gegner werden das weidlich auszunutzen verstehen. Die fortschreitende Radikalisierung der Wählermassen wird außerdem, wie das sächsische Beispiel lehrt, die für eine Regierungsbildung sich selbst ausschaltenden Flügelgruppen rechts und links verstärken und damit die verantwortungsbewußte Mitte noch weiter schwächen.

Das sind die Gefahren, die dem Kabinett Brüning im Wahlkampf entgegenstehen. Auf der anderen Seite darf aber auch nicht der Erfolg unterschätzt werden, der darin besteht, daß der Westarp-Flügel nach langem Zögern den Bruch mit der Deutschnationalen Volkspartei gewagt hat. Der frühere Staatsminister Walraf und der Abg. Dr. Haslach von der rheinischen Industrie haben bereits ihren Austritt vollzogen. Zwei Dutzend andere Abgeordnete müssen notwendig folgen. Zu ihnen gehören neben dem einflussreichen konservativen Führer Graf Westarp die Vertrauensleute des Landbundes und der Industrie. Es steht zu erwarten, daß diese Sezessionisten gemeinsam mit der früher ausgetretenen Treviranus-Gruppe keinen bedeutungslosen Faktor im kommenden Wahlkampf bilden werden. Der Rumpf der Eugenberg-Partei wird nicht nur durch diese Männer, sondern auch durch die nationalsozialistischen Freunde ernsthaft bedroht.

Die Reichsregierung hat noch gestern abend einen von allen Mitgliedern des Kabinetts unterzeichneten Aufruf erlassen, in dem sie die Mehrheit des aufgelösten Reichstages wegen der Ablehnung der Notverordnung des Reichspräsidenten verurteilt. Der Aufruf nennt diese Mehrheit eine „innerlich zerrissene Masse“, die zur Übernahme der Verantwortung unfähig sei.

Dieser Mehrheit tritt die Reichsregierung mit einem Bundesgenossen gegenüber, der wohl als der größte Trumpf im Wahlkampf bezeichnet werden kann. Sie kämpft unter der Fahne Hindenburgs. Fast in allen

Parteien, vor allem aber in den bürgerlichen Gruppen hat dieser Name die weitaus größte Zugkraft. Man traut nicht mehr der Mehrheit; man klammert sich an die Persönlichkeit. Und wenn das Wort wahr ist, daß Persönlich-

keiten die Geschichte machen, dann konnte der Kanzler Brüning die Auflösung des Reichstags und den schweren Waffengang der Neuwahlen riskieren.

Auflösung des Reichstags.

Neuwahlen am 14. September.

Im Reichstag wurde in der Mittagsstunde des 18. Juli über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen entschieden. Die Absicht der Regierungsparteien, zuerst über die Mißtrauensanträge zu entscheiden, scheiterte daran, daß, nachdem mit Hilfe der Deutschnationalen ein entsprechender Beschluß zustande gekommen war, die Mißtrauensanträge der Linken aus taktischen Gründen zurückgezogen wurden.

Für den Aufhebungsantrag stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und ein Teil der Deutschnationalen unter Führung des Parteivorstehenden Eugenberg. Dagegen stimmten die Regierungsparteien und 25 Deutschnationale unter Führung des Grafen Westarp. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Der Aufhebungsantrag wurde mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen.

Reichskanzler Brüning gab darauf die Erklärung ab, daß der Reichstag aufgelöst sei. Die Neuwahlen finden am 14. September statt.

Aussprache vor der Abstimmung. Minister-Reden.

Vor der entscheidenden Abstimmung des Reichstags nahm in der Diskussion über die Notverordnung auch der Reichsminister Dr. Wirth.

„Wir wollen uns in der heutigen ersten Stunde ganz aufrichtig aussprechen (Gelächter bei den Sozialdemokraten). Ich konnte mich während der Rede des Kollegen Landberg nicht des Eindrucks erwehren, daß, wenn seine Partei noch heute in der Regierung wäre, er seine Maßnahmen auch an seine Freunde hätte richten müssen. Man soll nur nach Preußen blicken. Wieviel wird dort mit Notverordnungen regiert! (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)“

Ich habe auch der letzten Reichsregierung angehört. Die Frage einer solchen Notverordnung hat uns auch im vorigen Jahre und im letzten Winter mehr als einmal beschäftigt (Lebhaftes Hört, Hört! rechts und bei den Kommunisten). Auch die entschiedensten Republikaner, die Sozialisten, haben also allen Anlaß, in sich zu gehen und sich mit uns in dieser hochbedeutungsvollen Stunde zu tun, der uns allen unerhört schwer fällt. Sie haben Anlaß, sich zu fragen, ob wir nicht nach achtjähriger Entwicklung tatsächlich in einer Krise des deutschen Parlamentarismus stehen.

Der Minister kündigt an, daß eine große Zahl von Gemeinden in kürzester Zeit nicht mehr in der Lage sein werde, ihre Wohlfahrtsaufgaben zu leisten (Hört! Hört!). Er stellt fest, daß für das Reich, die Länder und Gemeinden ein finanzieller Notstand vorhanden sei, der durch keine Zwischenrufe aus der Welt geschafft werden könne (Lärmen links).

Es ist offenkundig, daß, wenn die Regierung Brüning zum Sturz kommt, die Frage der Regierungsbildung wieder auf dieselbe Linie einer Minderheitsregierung hinausgeht.

Sie wissen, daß die Krisen im Parlament sich auch auf die einzelnen Parteien ausdehnen. Sie verkennen nicht die schwierige Lage der Parteien im Vaterland. Sie eingeschlossen (Heiterkeit). Es ist sinnlos für die Entwicklung des politischen Lebens, eine Regierung zu stützen, ohne zu wissen, was nachkommt. (Sozialistischer Zusage: Auflösung!) Rufen Sie mir nicht Auflösung zu (fortgesetzter Lärm und Zwischenrufe links). Lösen Sie die Regierung auf, lösen Sie das Parlament auf, so ist es ausgemacht, daß nach der Wahl die Mehrheitsbildung noch viel schwieriger sein wird. (Lebhaftes Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Wirth ruft der Sozialdemokratie mit Pathos zu: Stürzen Sie diese Regierung bzw. treiben Sie es zur Auflösung, dann laufen Sie das Risiko, von der Krise des Parlamentarismus in die Krise des Systems der Demokratie zu geraten. (Fortdauernder Lärm bei den Soz.)

Den Höhepunkt der Debatte bildete das „letzte Wort“ des

Reichsfinanzministers Dietrich,

der u. a. erklärte: „Unsere Finanzen sind in eine schwierige Lage geraten, weil die Steuern und Zölle Mindereinnahmen erbringen und weil die Durchführung der Arbeitslosenversicherung steigende Ausgaben erfordert. In diesen Ausgabensteigerungen ist der entscheidende Punkt zu suchen. Wenn Sie sich nun die Frage vorlegen, was wir durch die

Deckungsvorlagen aufbringen wollten, so werden Sie finden, daß wir ungefähr das aufbringen wollten, was wir an der Arbeitslosenversicherung zusehen (Lärm bei den Kommunisten). Wir kämpfen nicht um die Erhaltung des Staats, sondern um die Erhaltung der Arbeitslosen!“

Wenn wir die Dinge so weiterlaufen lassen wollten, so würden wir in zwei, drei Monaten wieder die Kassenschwierigkeiten haben. Wir müssen beizeiten vorzorgehen, daß sonst in zwei, drei Monaten Ruhe und Ordnung aufs schwerste gefährdet werden könnten, wenn der Hunger durch die Gassen läuft. (Großer Lärm links, Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien.)

Wir sind unseren Weg bis zu Ende gegangen und haben angenommen, daß in diesem Hause noch so viele sein werden, die Verstand haben, um die Notwendigkeit unserer Vorlagen einzusehen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.) Es kommt im Augenblick nicht so sehr darauf an, wie die Sache gemacht wird, als vielmehr darauf, daß sie gemacht wird. (Zustimmung in der Mitte.)

Der Etat des Reiches ist in Ordnung, und wir werden noch eine Weile über den Berg hinwegkommen. Aber wir dürfen nicht die Gefahr heraufbeschwören, daß der Etat in einigen Monaten wieder in Unordnung kommt. Ohne eine Ordnung der Finanzen kann die Wirtschaft nicht wieder belebt werden. Wir sind in einem doppelten Kampf, in dem Kampf um soziale Gesetzgebung, wie die Reformvorlagen zeigen, und um Ersparnisse.

Sie (nach links) werfen uns vor, daß wir den Artikel 48 anwenden. Wer aber das Chaos im Steuerausgleich mitgemacht hat, kann wahrhaftig nicht behaupten, daß ich nicht bis zum letzten Augenblick versucht hätte, eine Verständigung herbeizuführen, bis ich mir schließlich sagte: Es geht hier nicht, denn hier will jeder seine persönliche Suppe kochen. (Lärmende Zurufe links, stürmische Zustimmung in der Mitte.)

Der Minister zitiert eine Anzahl früherer Notverordnungen und rät der Linken, einmal nach Preußen zu gehen, was da alles mit Notverordnungen gemacht worden sei. (Stürmische Zustimmung in der Mitte.) Er fährt fort:

Das deutsche Volk wird sich auf die Seite derjenigen stellen, die die heutigen Schwierigkeiten beseitigen wollten. Wir haben alles getan, um mit dem Reichstage zu regieren. (Zuruf: Nein!)

Mit leidenschaftlicher Emphase schließt der Minister: „Den Deutschen, die heute noch für viele Milliarden Tabak und Bier verzehren, wird man auch noch zumuten können, daß sie ein solches Loch im Reichsetat zu stopfen imstande sind. Die Frage ist jetzt die, ob wir Deutschen ein Haus von Interessenten oder ein Staatsvolk sind.“ (Stürmischer Beifall und langanhaltendes Händeklatschen bei den Regierungsparteien, Pfiffe und Lärm bei den Kommunisten.)

Reichskanzler Dr. Brüning dankt dem Finanzminister durch Händeklatschen, während der Beifall immer noch andauert.

Eugenberg bei Brüning.

Ein unbeachteter Vertagungs-Antrag der Deutschnationalen.

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: „In Verfolg der deutschnationalen Anfrage, ob der Reichskanzler zu sofortigen Verhandlungen über die politische Gesamtlage bereit wäre, fand in den Nachmittagsstunden des Donnerstag (d. h. vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstag, D. N.) eine längere Aussprache zwischen Dr. Eugenberg und Dr. Oberhofen einerseits und dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem von ihm hinzugezogenen Reichsfinanzminister Dietrich andererseits statt.“

Von den deutschnationalen Führern wurden die Verhandlungen auf folgender Grundlage und mit folgenden Zielen geführt:

Das Abgleiten Deutschlands in neue schwere Zuckungen kann nur durch Stärkung des rechten Flügels und durch eine zwar auf der ganzen Linie arbeitnehmerfreundliche, aber klar antimarkistische deutsche Freiheits- und Friedenspolitik vermieden werden, die Kultur, Wirtschaft und Finanzen rettet. Zur Erreichung dieses sachlichen Zieles müßte außer einer Umbildung des Reichskabinetts im Sinne der Bildung einer wirklichen Rechtsregierung die Gewähr für eine entsprechende Parteigruppierung und Umgestaltung der Regierung in Preußen gegeben werden.

Um eine ruhige Verhandlung über die sich hieraus ergebenden Fragen zu ermöglichen, wäre die Deutschnationale Volkspartei bereit, gemeinsam mit den Regierungs-

parteien zu beantragen und zu beschließen, daß die Verhandlung und Abstimmung über den Antrag auf Aufhebung der erlassenen Verordnungen auf einen der letzten Septembertage verlegt wird.

Nach einer Aussprache über diese Anregungen wurde vereinbart, daß der Reichszentraler Mitteilung über seine endgültige Stellungnahme machen würde. Diese Mitteilung erfolgte durch den Staatssekretär der Reichszentraler in dem Sinne, daß eine Vertagung der Beschlusfassung über den sozialdemokratischen Antrag nicht möglich erscheine, daß vielmehr die Auffassung dahingehende, daß eine sofortige Entscheidung zweckmäßig sei. Demgemäß wurde unmittelbar darauf im Plenum unter Zustimmung der Regierungsparteien der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Verordnungen als erster Punkt auf die Tagesordnung der Freitag-Reichstagsitzung gesetzt. Der von der nationalen Opposition gemachte Versuch, die Grundlage für eine Zusammenarbeit zu finden, hat sich damit erledigt.

Der Abschied der Westarp-Gruppe von der Deutschnationalen Volkspartei.

Eine Meldung der Telegraphen-Union besagt u. a.:

Im Reichstag fand am Freitag vormittag eine neue Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion statt. Schon nach kurzer Zeit verließen 21 Abgeordnete, die bereits in der Nacht eine Sonderberatung abgehalten hatten, wieder zu Sonderbesprechungen die Fraktion. Vorher stellten sie in der Fraktion fest, daß sie in der Vollversammlung des Reichstages eine eigene Erklärung abgeben würden und daß dadurch der Trennungsschritt als gezogen zu gelten habe. Der Führer dieser Gruppe ist der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Graf Westarp, der sich der Bedeutung seines Schrittes voll bewußt ist und auch persönlich zum Ausdruck brachte, daß der oben gemeldete Vorgang die Trennung von Partei und Fraktion bedeute.

Damit hat eine Entwicklung ihren Abschluß gefunden, die schon vor Monaten eingeleitet war. Um sie voll zu verstehen, muß man zurückgreifen auf den Oktober vorigen Jahres, in dem die ersten Anzeichen von Abspaltungsbewegungen bei den deutschnationalen Abgeordneten Treviranus und v. Lindener in die Erscheinung traten. Damals setzte sich Graf Westarp warm für Treviranus und Lindener ein. Noch am 28. Oktober behauptete er in einem Briefe an Stadtrat Steinhoff, über die Absichten der beiden genannten Herren läge kein Anlaß zur Beunruhigung vor. Es kam im November zunächst zum Austritt der Abgeordneten Lambach, Hartwig und Hülfes. Es folgten am 3. Dezember die Austrittserklärungen von Treviranus, Dr. Lejeune-Jung und Klönne. Am 4. Dezember erklärten die Abgeordneten Behrens, Mumm und Bösch ihren Austritt. Es folgten schließlich die Abgeordneten Schlang - Schöningen, v. Lindener - Wildau, v. Reudell, die preussischen Landtagsabgeordneten Meyer, Riefisch usw.

Während des ganzen Verlaufes der sich in diesen Austritten kennzeichnenden Fraktionskrisis richtete sich der Kampf lediglich gegen den Parteivorsitzenden Dr. Hugenberg. Das Thema „Reichstagsfraktion gegen den deutschnationalen Parteiführer“ verschwand nicht aus der Links- und Mittelpresse. Stets wurde mit deutlicher Absicht auf die „bewährten Hände des Grafen Westarp“ hingewiesen. Eine führende Rolle in diesem Kampfe spielte auch der Reichslandbund. Es kam zu der gefeierten Stimmabgabe am 12. und 14. April dieses Jahres, auf Grund deren die Spaltung der Partei vorausgesetzt wurde. Vor dem Zusammentritt des deutschnationalen Parteivorstandes im April veröffentlichte Graf Westarp dann den Wortlaut eines Protestschreibens, das er im Namen von 23 deutschnationalen Abgeordneten an den Geheimrat Hugenberg gerichtet hatte. Am 1. Mai kam es zu der Einladung des Grafen Westarp an eine große Zahl deutschnationaler Abgeordneter, von denen er annahm, daß sie in seiner Front gegen Hugenberg ständen, in Müllers Weinstuben. Das Ergebnis war ein von 28 Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion unterzeichnetes Schreiben an Geheimrat Hugenberg und Dr. Oberfohren, in dem es hieß, es könne nicht anerkannt werden, daß die Abstimmung der Fraktionsmehrheit vom 12. und 14. April gegen die Parteigrundsätze oder das Parteiinteresse verstößt habe. Die Unterzeichner müßten sich auch für die Zukunft die Freiheit ihres Handelns vorbehalten. Dieser Beschluß bedeutete tatsächlich schon den Bruch mit Hugenberg. Was sich zuletzt abgespielt hat, ist nur die letzte Folgerung.

Die Abstimmungsliste.

Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Verordnungen der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 haben gegen die Aufhebung folgende 25 Deutschnationale gestimmt: Bachmann, Bazille, Dingler, Domsch, Dryander, Fromm, Haag, Hampe, Hartmann, Haslacher, Hemeter, Jandrey, Leopold, Menkel, Ohsler, Philipp, Rabemacher, Reichert, v. Richtigshofen, Schmidt-Stettin, Staffehl, Strathmann, Vogt-Wirtemberg, Wallraf und Graf Westarp. Die deutschnationalen Abgeordneten v. Lettow-Vorbeck und Schulz-Bromberg waren anwesend, haben aber keine Stimmkarte abgegeben. Ferner haben bei den Deutschnationalen gefehlt die Abgg. Koch-Düsseldorf, Schroeter-Piegnitz, Wege, Wiener.

Mit den Regierungsparteien stimmten ferner gegen die Aufhebung der Verordnungen die Deutsche Bauernpartei, Volksrechtspartei, Deutsch-Hannoveraner und der parteilose Abgeordnete Bruhn.

Bei den Sozialdemokraten war der Abg. Hermann Müller, der am Donnerstag erkrankt war, anwesend und gab seine Stimme ab. Gefehlt haben bei den Sozialdemokraten die Abgg. Frau Agnes, Bod-Gotha, Ebert, Kozke, Frau Kurfürst, Dr. Marum. Vom Zentrum fehlte Feilmayr, von den Kommunisten Dahlem, Dietrich, Geyer, Frau Overlach, Stöcker, Thesen; von der Deutschen Volkspartei Mittelmann, Moldenhauer, Graf Stolberg; von den Demokraten Erkelenz, Haas, Hummel; von der Wirtschaftspartei Jorissen, Strauß; von den Nationalsozialisten Straßler; von der Deutschen Bauernpartei Heindl; ferner fehlten die parteilosen Abg. Lind und Nientimp.

Bank für Handel und Gewerbe Poznań

Poznański Bank dla Handlu i Przemysłu

SP. AKC.

POZNAŃ / BYDGOSZCZ / INOWROCLAW / RAWICZ

Gute Verzinsung von Spareinlagen

in allen Währungen

Erlidigung auch aller sonstigen Bankgeschäfte / Tresor-Anlagen /



Die S. P. D. am Rhein.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Oberrhein, der die Bezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier umfaßt, hat noch vor dem Einleiten der Preussischen Regierung anlässlich des Hindenburg-Briefes an die rheinische Arbeiterchaft folgende Parole ausgegeben: „Parteiengenossen! Der sensationelle Schritt des Reichspräsidenten stellt uns im Rheinland vor eine ganz neue Situation. Wir waren bisher durchaus bereit, an den Befreiungsfeiern teilzunehmen, nicht zuletzt deshalb, weil gerade die Sozialdemokratie und die hinter ihr stehenden Arbeitermassen an der Befreiung des Rheinlandes und der Niederwerfung des Separatismus den ausschlaggebenden Anteil haben. Der Brief Hindenburgs zwingt uns zu einer anderen Stellungnahme. Herr von Hindenburg stellt den Stahlhelm über die rheinische Arbeiterchaft. Sollte der Reichspräsident mit seiner Forderung der Rückgängigmachung des Stahlhelmsverbotes durchdringen, so ist von uns jede Beteiligung an den Befreiungsfeiern selbstverständlich ausgeschlossen. Wir eruchen die Parteiengenossen allerorts, sich auf diese Wahrscheinlichkeit einzurichten und die Ortsbehörden sofort davon zu unterrichten.“

Vom Bezirksvorstand wird zu diesem Aufruf noch ergänzend geschrieben, daß er vor einer Woche schon einen Brief an den Ministerpräsidenten Braun gerichtet habe, worin er eindringlich ersuchte, das Stahlhelmsverbot nicht rückgängig zu machen.

Es ist anzunehmen, daß die S. P. D. am Oberrhein zwischen von der Berliner Parteiführung aus über die Fortsetzung eines solchen Beschlusses aufgeklärt wurde. Selbstverständlich war die Aufhebung des Stahlhelmsverbotes keine Privilegierung dieser Bewegung gegenüber der „rheinischen Arbeiterchaft“, die übrigens keineswegs mit der Sozialdemokratie identisch ist. Wenn jemand in einem Rechtsstreit gewinnt, oder wenn ein anderer aus dem Gefängnis im Gnadenwege entlassen wird, dann wird deshalb noch lange nicht der übelwollende Dritte benachteiligt, dem dieser Rechtspruch bzw. dieser Gnadenakt nicht gefällt.

Hindenburg in Speyer.

Speyer, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Reichspräsident von Hindenburg ist heute 9.46 Uhr von Gernersheim kommend in Begleitung des Reichsjustizministers Dr. Curtius, des Staatsanwalters Meißner und seines persönlichen Adjutanten Oberstleutnants v. Hindenburg und weiterer Herren seines Gefolges unter dem Jubel der Bevölkerung auf dem Bahnhof in Speyer eingetroffen.

Nach Pilsudskis Rücktritt.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.) Warschau, 19. Juli. Der bisherige Vizeminister im Kriegsministerium, General Daniel Konarzowski, hat am 16. d. M. die Leitung des Kriegsministeriums übernommen. Die Nachricht, daß sich Marschall Pilsudski von der Leitung des Kriegsministeriums zurückgezogen hat und zum zeitweiligen Leiter dieses Ministeriums General Konarzowski ernannt wurde, wurde in der Warschauer Sanierungspreffe in der Form einer unauffälligen Notiz gebracht, während sie vom Krakauer „Kuryer“ Kurjer Codzienny, der oft das Gras in den Regierungsgesilden wachsen hört, als hochbedeutend eingeschätzt und sensationell aufgemacht wird, und die Oppositionspresse im Zusammenhange damit phantastische Gerüchte in die Welt setzt.

Wie uns aus maßgebenden Kreisen erklärt wird, hat sich die Vertretung des Vizeministers Konarzowski mit der Leitung des Kriegsministeriums durch die Notwendigkeit ergeben, eine Reihe von aktuellen Fragen, welche mit Rücksicht auf den Urlaub des Marschalls Pilsudski eine Verzögerung erleiden könnten, zu erledigen. Es sind dies zum Teil laufende Angelegenheiten wie die Versorgung der Familien der Militärpersonen u. dgl., sowie allerlei interministerielle Anordnungen, die vom General Konarzowski in Vertretung des Ministers für Militärangelegenheiten nicht hätten unterzeichnet werden können, da General Konarzowski als Stellvertreter des Ministers die Beschlüsse des Minister Rates nicht unterzeichnen konnte. Das Defret des Präsidenten der Republik kann übrigens schon nach der Rückkehr des Marschalls Pilsudski nach Warschau seine Rechtskraft verlieren.

Die Befugnisse des Leiters des Ministeriums.

Eine verfassungsrechtliche Frage.

Die Verfassung enthält eine genaue Bestimmung über das Amt des Leiters des Ministeriums. Der Art. 62 der Verfassung lautet:

„Wenn das Amt des Ministers von einem zeitweiligen Leiter des Ministeriums versehen wird, beziehen sich auf ihn alle Vorschriften über das Amt des Ministers.“

Der Leiter des Ministeriums besitzt also alle Rechte und Ermächtigungen eines Ministers. Er ist eigentlicher

Minister, ohne diesen Titel zu führen. In der Praxis des polnischen Staates sind zahlreiche Fälle der Ernennung von Leitern der Ministerien vorgekommen. Doch gab es — wie ein Warschauer Oppositionsblatt bemerkt — in solchen Ministerien niemals zu gleicher Zeit einen Minister. Die Leitung eines Ministeriums ist von der Stellvertretung zu unterscheiden, die der auf Urlaub gehende Minister einem höheren Beamten anvertraut. Zu dieser Stellvertretung bedarf es nicht eines Dekrets des Präsidenten.

In der bisherigen Staatspraxis Polens war die Ernennung des Leiters eines Ministeriums immer mit der Demission des Ministers verbunden, was im Einklang mit dem Geiste und dem Buchstaben der Verfassung war. Die Ernennung des Gen. Konarzowski zum zeitweiligen Leiter des Ministeriums für die Dauer des Urlaubs des Marschalls Pilsudski ist somit verfassungsrechtlich ein Novum.

Ein längerer Urlaub des Marschalls Pilsudski?

Die politischen Kreise ziehen aus der Tatsache der Ernennung des Gen. Konarzowski zum Leiter des Ministeriums für Militärangelegenheiten den Schluß, daß Marschall Pilsudski offenbar die Absicht habe, längere Zeit außerhalb Warschaws zu bleiben. Der Marschall dürfte den Entschluß, seinen Urlaub zu verlängern, in den letzten Tagen gefaßt haben. Bekanntlich weilt der Marschall gegenwärtig in seinem ländlichen Anwesen Pielikowki im Wilnaer Gebiete, wohin er nach einem mehrtägigen Aufenthalt im Kurort Druskeniki unlangt übergesiedelt war. Die Sanierungsorgane melden, daß dem Marschall der Aufenthalt in dem dyllischen Winkel wohl tue. Darüber, ob der Marschall sich in diesem Jahre noch ins Ausland zu begeben beabsichtigt, ist bisher nichts bekannt.

Die Verluste des Regierungsblochs.

Warschau, 18. Juli. Nachdem in einzelnen Wahlbezirken die Wahlen für ungültig erklärt worden waren und die Neuwahlen in diesen Bezirken zu anderen Ergebnissen geführt haben, hat sich auch die Notwendigkeit einer anderen Verteilung der Mandate aus den Staatslisten der einzelnen Parteien ergeben.

Am Montag tritt die Staatswahlkommission zusammen, um diese Änderungen in der Verteilung der Abgeordnetenmandate auf Grund der Wahlergebnisse in den Wahlbezirken Gnesen, Lida, Kowel und Swieniany vorzunehmen. Für diese Sitzung sind die Berechnungen bereits vorbereitet. Danach sollen aus der Staatsliste Nr. 1 (Regierungsbloch) drei Abgeordnete ihre Mandate verlieren und zwar Leon Kozłowski, Alfred Birkenmayer und Elias Kirschbraun. Ein Mandat aus der Staatsliste erhält die Liste Nr. 18 des Blochs der nationalen Minderheiten. Dieses Mandat fällt dem ehemaligen Abgeordneten, Rechtsanwält Dr. Finsler aus Lemberg zu. Ferner ziehen in den Sejm ein: der ukrainische Sozialist Lemnycki, früherer Minister der ukrainischen Regierung, sowie zwei Kandidaten der Bauernpartei.

Nochmalige Prüfung des Falls Neuhöfen.

Warschau, 16. Juli. Der neuen deutsch-polnischen Kommission für den Grenzzwischenfall bei Neuhöfen wird das polnische Außenministerium das durch die polnischen Untersuchungsbehörden gesammelte Material zur Verfügung stellen. Die Delegierten Polens und Deutschlands sollen sich an die Grenze begeben, um die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben nochmals zu prüfen.

Der deutsche amtliche Bericht über den Zwischenfall bei Neuhöfen ist schon vor einigen Wochen in allen seinen Einzelheiten veröffentlicht worden, der polnische Bericht ist jedoch der Presse bis jetzt noch nicht zur Verfügung gestellt worden.

Republik Polen.

Mechanisierung der Bäckereien.

Warschau, 17. Juli. Der Innenminister, General Skladkowski, empfing gestern eine Delegation des Zentralverbandes der Bäckereien in Polen, die dem Minister ihre Forderungen in der Frage der Mechanisierung der Bäckereien und der Preiskommissionen vorlegte. Der Delegation handelt es sich in erster Linie darum, entsprechende Kredite für die Aktion der Mechanisierung der Bäckereien zu erlangen, bzw. den Termin der Mechanisierung, der grundsätzlich am 31. Dezember d. J. abläuft, hinauszuschieben. Ferner verlangten die Bäcker die Aufhebung der Preiskommissionen, bzw. die Vervollkommnung ihrer Tätigkeit.

Der Minister nahm die Forderungen der Delegation entgegen und versprach, sie eingehend zu prüfen.

Eine weißrussische Erziehungsgesellschaft.

Warschau, 19. Juli. (Eigene Meldung.) Die weißrussischen Kreise, welche mit der Regierung in Fühlung sind, werden bald einen Beweis realen Entgegenkommens des Unterrichtsministers Czerwiński haben. Am 1. September d. J. wird in Wilna ein staatliches weißrussisches Lehrerseminar mit weißrussischer Unterrichtssprache eröffnet werden.

31 Gr., Weizenmehl 65prozentiger Ausmahlung im Großverkauf 73 Gr., im Kleinverkauf 75 Gr., Roggenbrot 32 Gr., Schrotbrot 27 Gr., eine Semmel von 40 Gramm Gewicht 5 Gr., Rindfleisch 2,00—2,40, Hammelfleisch 2,40—2,60, Kalbfleisch 1,20—1,60, Schweinefleisch 2,40—2,60, roher Speck 3,10, Rinderspied 3,60, Schweinefleisch 4,00, amerikanisches Schmalz 3,50, Hackfleisch 2,50—2,60, frische Wurst 2,60, Krautwurst 3,00, Grünwurst 0,80—1,20. — In Groß Ballovi brach ein Feuer im Gehöft des Landwirts Wolff aus. Niedergebrannt ist das Wohnhaus nebst angebautem Stall. Das lebende und tote Inventar konnte gerettet werden. Der Brandschaden beziffert sich auf etwa 7000 Zloty. W. war versichert. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt. Ausgebrochen war es zuerst auf dem Boden am Schornstein. — Im staatlichen Forstrevier Ostrowki wurde durch ein Feuer etwa 7 Morgen 10—20jähriger Waldbestand vernichtet. Der Brand konnte mit Hilfe der örtlichen Bevölkerung gelöscht werden. Entstanden ist das Feuer wahrscheinlich durch einen fortgeworfenen glimmenden Zigarettenrest beim Beerensammeln. Im Revier Wawrowice brannte das Moos auf einer Fläche von einem Morgen. Sonst ist kein Schaden entstanden.

Zempelburg (Sepolno), 19. Juli. Auf dem letzten Wochenmarkt, der nur mäßig besucht war, notierte man folgende Preise: Butter 2,30 das Pfund, Eier 1,00 die Mandel, Gurken 0,50 (Pfund), Blumenkohl 0,50 bis 0,70, Kohlrabi 0,25, Zwiebeln 0,15, Weißkohl 0,50 bis 1,00, grüne Bohnen 0,40, Mohrrüben und Karotten 0,25 (Bündchen), Tomaten 2,00, Schoten 0,25, rote Rüben 0,25, Rettige 0,25 (Bündchen), Radieschen 0,10, Rhabarber 0,10, Suppengrün 0,15 (Bündchen), Salat 0,05. Johannisbeeren 0,30 bis 0,35, Blaubeeren 0,70, Süßkirschen 1,00—1,20, Sauerkirschen 0,50, Himbeeren 0,70, reife Stachelbeeren 0,50. Die Fischstände hatten: Hechte 1,50, Schleie 1,50, Karauschen 1,00, Barsche und Plöbe 0,80, kleine Brat- und Suppenfische 0,50. Alte Speisekartoffeln wurden mit 3,50 pro Zentner, frische mit 0,15 pro Pfund angeboten. Auf dem Schweinemarkt war der Auftrieb an Ferkeln und Läufern nur mäßig, die Preise gegen den Vormarkt unverändert. Man forderte und zahlte 45,00—50,00 pro Paar Abfahrferkel. Umsatz und Nachfrage ließen zu wünschen übrig.

Die Rahe läßt das Mauseln nicht.

Poincaré löst die Saarfrage auf seine Art.

Poincaré veröffentlicht im Pariser „Excelsior“ eine sonderbare Studie über das Saarproblem, die ihrem Geist und Inhalt nach etwa zur Zeit der Ruhrbesetzung geschrieben sein könnte; er bringt es nämlich allen Ernstes fertig, einen historischen Anspruch nicht nur auf das gesamte Saargebiet, sondern auch auf die halbe Pfalz zu konstruieren.

Poincaré erklärt u. a. Landau für eine elsässische Stadt, die seit 1684 zu Frankreich gehört und sich 1793 auf das mutigste gegen die deutsche Invasion verteidigt habe. Er erinnert an die Gründung Saarlouis durch Ludwig XIV., an die Geburt des Marschalls Ney. Er behauptet, daß sich in den Jahren 1792 bis 1795 „das ganze Saargebiet freiwillig seiner Mutter Frankreich geschenkt habe“ und er schließt seinen Ausflug in die Geschichte mit dem Satz:

„Es wäre zweckmäßig gewesen, wenn man im Jahre 1918 Frankreich zum mindesten die Grenze von 1814 wiedergegeben hätte, obwohl auch diese Grenze schon eine beträchtliche Verminderung desjenigen Gebietes darstellt, das nach dem Wunsch der Bevölkerung elsässisch und lothringisch hätte bleiben sollen. Es wäre berechtigt gewesen, wenn man Frankreich zum mindesten Landau, Saarbrücken und Saarlouis wiedergegeben hätte.“

Damit sind aber Poincarés historische Ansprüche auf das Saargebiet noch nicht erschöpft. Er erinnert daran, daß der Stadtrat von Saarlouis sofort nach dem Waffenstillstand nach Paris gekommen ist, um Clemenceau zu begrüßen. Er erinnert daran, daß dieser selbe Stadtrat sich ihm selbst, Poincaré, bei seiner lothringischen Reise habe

vorstellen lassen. Er beklagt es auf das Bitterste, daß während der Verhandlung in Versailles weder Lloyd George noch Wilson sich für die Wünsche der Saarbevölkerung interessiert hätten. Immerhin sei noch nicht alles verloren, fährt Poincaré tröstend fort. Die Volksabstimmung schaffe für die Saarbevölkerung ein unveräußerliches Recht, das ihr niemand nehmen dürfe. Auch dürfe man nicht die Dauer des augenblicklichen Völkerverfahrens im Saargebiet verkürzen; denn sehr viele Saarländer empfänden die Rolle des Völkerbundes außerordentlich wohlthuend.

Wenn es gelinge, behauptet Poincaré sogar, der Volksabstimmung ihre volle Freiheit zu sichern, dann sei es unendlich wahrscheinlich, daß zahlreiche Gemeinden und Distrikte sich für die Angliederung an Frankreich oder zum mindesten für die Beibehaltung des augenblicklichen Zustandes aussprechen würden.

Zu den Saarverhandlungen endlich, zu denen Stresemann Frankreich habe „verführen“ können, erklärt Poincaré, daß sie Frankreich nur mancherlei Enttäuschungen gebracht hätten. Das wahre Ziel Stresemanns sei es gewesen, enthüllt Poincaré, Frankreich durch das Versprechen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Verzicht auf die Volksabstimmung, zur Rückgabe der Gruben und zur sofortigen Wiederherstellung der deutschen Oberhoheit zu bringen. Aber weder für den Rückkaufpreis der Gruben, noch für die Kohlenlieferungen, noch für die künftige gemeinsame Verwaltung der Gruben habe Deutschland annehmbare Vorschläge gemacht. Die deutschen Unterhändler hätten geglaubt, Frankreich ein glänzendes Geschenk anzubieten, wenn sie eine provisorische Belassung des Saargebietes im französischen Zollverband bis zum Jahre 1935 vorschlugen. Dabei habe die Zollkontrolle auch noch von deutschen Beamten ausgeübt werden sollen.

So also habe Deutschland, erklärt Poincaré entrüstet, schon jetzt alle Maßnahmen ergreifen wollen, die den Saarländern als offene Ankündigung der baldigen Rückkehr in die deutsche Souveränität hätten erscheinen müssen.

Zu gleicher Zeit leiste sich Deutschland im Saargebiet eine hemmungslose Werbetätigkeit, um die Volksabstimmung noch weiter zu beeinflussen. Mächtige antifranzösische Zeitungen würden von Berlin bezahlt. Alle möglichen Vereine und Verbände erhielten sogenannte Treueprämien; kurz Deutschland treibe eine Kampagne, die keinen Zweifel über seine Ziele lasse: die Revision des Versailler Vertrages.

Wenn man, so schließt Poincaré seinen Artikel in warnendem Tone, die Saarverhandlungen im September oder Oktober wieder aufnehmen, müßte man sich sehr hüten, nicht auf die tiefe Ebene zu geraten, auf die Deutschland hinsteuere. Man würde sonst unbedingt im Abgrunde landen.

Die Berliner „Germania“ erlaubt sich zu diesem phantastischen Imperialismus des Herrn Poincaré folgende Bemerkungen:

„Man greift sich verständnislos an die Stirn, wenn man derartige Ausführungen eines ehemaligen französischen Ministerpräsidenten liest. Nach all den zahllosen Proklamationen und Treuegelöbnissen sämtlicher Klassen und Stände des Saargebietes behauptet Poincaré noch immer, daß die Saarbevölkerung in ihrer Mehrzahl französisch gesinnt sei. Weit entfernt davon, zuzugeben, daß die Geschichte von den 150 000 Saarfranzosen, welche während der Pariser Friedensverhandlungen tendenziös in die Welt gesetzt wurde, um das Gewissen Wilsons zu beruhigen, ein Märchen ist, spricht Poincaré von einer ungerechtfertigten Vergewaltigung der Saarbevölkerung für den Fall einer Änderung der Versailler Saar-Paragraphe. Eine Vergewaltigung hat in der Tat vorgelegen, als die Saarbevölkerung 1919 ohne Volksbefragung als bloßer Annex zu den von Frankreich beanspruchten Gruben dem französischen Zollgebiet angegliedert

und politisch von Deutschland losgerissen wurde. Dagegen würde niemand eine sofortige Rückgliederung des Saarlandes an Deutschland stärker und aufrichtiger begrüßen, als die Saarbevölkerung selber, welche die deutschen Saarverhandlungen in Paris mit größter Einmütigkeit begrüßt und moralisch unterstützt hat.“

Wir begreifen jetzt, warum die mehr als zehnmonatigen Saarverhandlungen scheitern mußten: Wenn sich Frankreich, wie Poincaré sagt, nicht darauf einlassen konnte, irgendwelche Änderungen in der durch die Verträge geschaffenen politischen Lage eintreten zu lassen, so waren die deutschen Konzeptionen und Kompromißangebote auf wirtschaftlichem Gebiete von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Auch der jetzige Ministerpräsident Lardieu hat wiederholt Andeutungen in ähnlicher Richtung gemacht; aber es wurde uns schwer, zu glauben, daß sich Franzosen an den Verhandlungstisch setzen würden, wenn sie von den erwähnten Richtlinien nicht glauben abzuweichen zu können.

Die französische Regierung scheint mit der Sabotage der Saarverhandlungen den Beweis dafür geliefert zu haben, daß auch nach der Rheinlandräumung noch grundlegende Mißverständnisse zwischen uns und den drüben vorhandenen sind, und daß man sich noch über grundlegende Fragen der deutschen Volksgemeinschaft in einem verhängnisvollen Irrtum befindet. Sollte Frankreich es wirklich darauf ankommen lassen wollen — und alles deutet darauf hin — 1935 in einer Volksabstimmung die Entscheidung des ferndeutschen Saarlandes anzurufen, so wird es uns die willkommenen Gelegenheiten bieten, vor aller Welt darauf hinzuweisen, daß auch in diesem Punkte der Versailler Vertrag von völlig irrigen Voraussetzungen ausging, und daß die Sachverständigkeit der Pariser Friedenskommission wieder einmal in einem entscheidenden Punkte widerlegt worden ist.

Die „Saarbrücker Zeitung“ aber äußert sich, ohne erneut auf den historischen Unsinn des Poincaré-Artikels einzugehen, wie folgt:

„Es ist wirklich zu bedauern, daß Poincaré über die Saarfrage so schlecht informiert ist. Da Poincaré immer noch einen politischen Namen zu verlieren hat, ist es von seinen Ratgebern unverantwortlich, ihn einen solchen Artikel der Öffentlichkeit übergeben zu lassen. Nichts verrät die völlige Unkenntnis des Problems und der Tendenz der nunmehr abgebrochenen Saarverhandlungen besser als die Bemerkung von unserem Streben nach einem „Verzicht auf die Abstimmung“. Darum hat es sich niemals gehandelt. Die Frage war — gemäß einer Politik der Liquidierung des Krieges — vielmehr die, im Interesse der deutsch-französischen Verständigung möglichst bald wieder im Saargebiet die Souveränität des deutschen Reiches herzustellen und ein wirtschafts- und handelspolitisches Übereinkommen zu treffen, das den Interessen beider Länder entsprechen konnte. Daß die Vorteile, die Frankreich durch eine solche Regelung erhalten hätte, im Jahre 1935 natürlich nicht mehr vorhanden sein werden, wissen jetzt sogar Leute aus jenen französischen Kreisen, die früher stets gegen eine frühere Regelung der Saarfrage Front gemacht haben. Vielleicht findet sich in Frankreich jemand, der Poincaré darüber reinen Wein einschenkt.“

Was übrigens die Bemerkung Poincarés über die „mächtigen antifranzösischen Zeitungen“ anbelangt, die von Berlin aus subventioniert werden, so hat Poincaré wohl die Gepflogenheiten im Auge, wie sie im französischen Pressewesen herrschen. Bei uns sind derartige „Sitten“ unbekannt. Wir möchten doch glauben, daß es unter den Franzosen, die sich für die Dinge im Saargebiet interessieren, wohl noch Leute gibt, die eine Bilanz zu lesen verstehen, und die auch wissen, daß diese im amtlichen Anzeiger der Regierungskommission veröffentlicht wird.“

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freunblichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Anzeigen-Aufnahme für Grandenz:
Arnold Ariedie, Buchhandlung, ul. Mickiewicza 3.

Grandenz.

Fachmännische Beratung — Kostenanschläge usw.
unverbindlich.

Gestern entließ ganz unerwartet nach langem schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau, meine herzengute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Ernestine Felste
geb. Hoffmann
im Alter von 56 Jahren.
In tiefem Schmerz
Fritz Felste nebst Tochter.
Grudziadz, den 18. Juli 1930.

Die Beererdigung findet Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des evgl. Friedhofes aus statt. 8011

Größte Auswahl in Pianos u. Harmoniums empfiehlt

B. SOMMERFELD
Pianofabrik
Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 56.
Filiale: Grudziadz, ul. Groblowa 4.
Lieferant des staatlichen Musik-Konservatoriums Katowice



Nur allererste Referenzen. 6265
Günstigste Zahlungsweise. — Langjährige Garantie.
Reelle, fachmännische Bedienung.

Tapeten



empfeht in großer Auswahl — mit Mustern stehe gern zu Diensten — sowie:

Boucie Teppiche	Messingschienen f. Treppen
Juta	Messingstangen
Woll	Goldleisten
Kokos	Türschoner
Handgekn.	Bohnerbürsten
Linoleum	Wachstuch und Lederimitation
und Läufer	

P. MARSCHLER
GRUDZIADZ, Plac 23. stycznia 18. Tel. 517.

Tapeten
in großer Auswahl
Farben, Lacke, Pinsel u. s. w.

F. Bredau 7382
Toruńska 35, Tel. 697

Für Garten-Feste
Lampions
Laternen 7639
Girlanden
Packeln
Ballons
Kontrollblocks in allen Preislagen

Moritz Maschke
Grudziadz Tel. 351

Drahtseile
für alle Zwecke,
Teer- u. Weißstricke

liefert 6582
B. Muszyński,
Seilfabrik, Lubawa.

Schöner großer Geschäftsraum u. großer Keller von sofort zu vermieten.
Caler, Mickiewicza 26.

Emil Romey
Papierhandlung
Toruńska Nr. 16
Telef. Nr. 438.

Genehender sucht Aufenthalt, mögl. im Walde, f. mehrere Mon. Off. mit Preis u. N. 8044 a. d. GSt. A. Ariedie, Grudziadz.

2000 Zloty
a. erststell. ländl. Hypothek gesucht. Off. unt. D. 8039 an d. Geschäftsst. A. Ariedie, Grudziadz.

BUCH-DRUCKEREI
Moritz Maschke
GRUDZIADZ, PAŃKA 2.
TEL. 351.

Ordentlicher **Bäderlehrling**
von sofort gesucht, 807 G. Harnisch, Bädermeister, Grudziadz, Nadgórna 16.

Für unser Feintöschgeschäft suchen **1 Lehrling** Beherrschung der poln. Sprache Bedingung.
F. A. Gaebel Söhne, Grudziadz, 8043

Gut möbliert., sonnig. **Zimmer** an berufstätige Dame od. bejahr. Solid. Herrn zu vermieten 8040 ul. Groblowa 21, part.

Die Stefanstrone.

Die europäischen Mächte und der verwaiste ungarische Thron.

Von L. F. Campe, 3. St. Brüssel.

Erzherzog Otto hat jetzt an der Universität Löwen seine erste Prüfung bestanden...

Das wird nicht geschehen können ohne Überwindung von Widerständen in Ungarn selbst...

Diese Einstellung des ungarischen Kriegsministers darf man unter keinen Umständen als unbeachtlich ansehen...

Die Kaiserin Zita stand sich während ihrer Wiener Zeit an der Seite des Erzherzog-Thronfolgers...

Schwedische Kleinigkeiten.

Die bekanntesten Schweden.

Das Prospekt einer Verlagsanstalt, das ein Buch über die „bekanntesten Schweden“ zum Kauf anbietet...

Zwar Kreuger ist der Mann, der nicht nur Feuer aus den Zündhölzern zu schlagen verzieht...

Wie ihre Vorfahren mit Blut und Eisen erobern sie sich Länder und Völker mit Zündhölzern...

Kein Garbo-Kult.

Greta Garbo, gelobt, gepriesen, geliebt, verehrt und beneidet, vor allem nachgeahmt...

Der Grund des Wohlstandes.

Die Schweden haben ein Talent, sich praktisch mit den Forderungen der Zeit abzufinden...

Als man sich vor Jahrhunderten bemühte, das Christentum in Schweden einzuführen...

Heute wendet man sich vom Eisen ab wie ehemals von den heidnischen Göttern.

Der intelligenten, rasch auffassenden und spionagebereiten stürmischen Prinzessin zu überwachen...

Die Entente hat der Kaiserin Zita diesen ungeheuren Dienst niemals vergessen...

Mit diesem Wunnen sind wir wieder am Ausgangspunkt der Betrachtung und wissen nun...

„Die dummen Schweden“.

In Schweden ist die Legende verbreitet, die Deutschen sagten immer: „Die dummen Schweden“...

„Der alte Schwede“.

Als Bezeichnung für einen geistreichen Menschen, dem man seinen Geist nicht auf den ersten Blick ansieht...

Hausassistentin.

So heißen in Schweden die Dienstmädchen.

Schwedische Genügsamkeit.

Ein schwedisches Sprichwort, das die Genügsamkeit der Bevölkerung ausdrücken will...

Man muß einen schwedischen Lachs gegessen und schwedische Melodien gehört haben...

Chrligkeit.

„Die Chrligkeit der Schweden wird oft übertrieben“, sagte mir ein schwedischer Herr...

Das ist wohl bescheiden aber wahrheitsgemäß ausgedrückt. Den Ausländer wundert es doch...

Und doch! Bei aller Chrligkeit gibt es auch solche Insetate: Bei Ankauf von zwei Grammophonplatten...

Was ist TOGAL?

Togal-Tabletten sind ein wirksames Mittel gegen Rheuma, Gicht, Grippe, Nerven- u. Kopfschmerzen...

andere Wege, und ausschlaggebend ist das nicht. Vielleicht bleibt Zita als Madame la Duchesse de Båle doch länger auf Stenoderzeel...

Ein Rundschreiben Zitas.

Sie verlangt ein Treugelöbniß für ihren Sohn Otto.

Das Budapest Blatt, „A Reggel“ erfährt von angeblich authentischer Seite, daß die frühere Kaiserin u. Königin Zita aus Steenockerzel an sämtliche großjährige Mitglieder...

In Kreisen der Budapest Legitimisten ist von einem solchen Rundschreiben nichts bekannt.

Dramatische Begegnung.

Exkaiserin Zita und der italienische Thronfolger.

Wien, 16. Juli. Das der christlich-sozialen Partei nahe stehende „Weltblatt“ bringt eine sensationelle Meldung von der Begegnung des italienischen Thronfolgers Humbert mit der früheren österreichischen Kaiserin Zita in Belgien...

Die Exkaiserin empfing, wie das oben genannte Blatt mittelst, den Thronfolger vor der Tür sitzend, ohne ihn zum Sitzen anzufordern...

Kleine Rundschau.

* Bilderraub im „Granen Kloster“. Berlin, 17. Juli. In der vergangenen Nacht sind Einbrecher in das Amtszimmer des Gymnasiums zum „Granen Kloster“ in der Klosterstraße eingedrungen...

* Ein Gegner Nichthofens vernunftlos. Der amerikanische Fliegeroffizier Major D. Leach, stellvertretender Leiter des Luftdienstes von Ontario...

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirtschaft der Woche.

Wirtschaftsanfurbelung durch Baubelegung im Anzuge? — Bevorstehende Aktion der polnischen Eisenhütten- und Zementindustrie.

Eine freudige Aussicht durchzieht gegenwärtig das Land und mit begreiflicher Spannung sieht man einer solchen angekündigten bedeutenden Aktion entgegen, die dem dahinsiehenden Wirtschafts-

Um nun die Baubewegung einerseits in Schwung zu bringen und andererseits — und hier liegt wohl das entscheidende Moment — dauernd auf einem stabilen Niveau zu erhalten und so zu einem Regulator der schwankenden Wirtschaftskonjunktur zu machen, müßte die gesamte Baupolitik auf lange Sicht zugeschnitten sein und sich auf einer einheitlichen Linie bewegen.

Am die Bauaktivität für Wohnungen in Bewegung zu bringen, wären staatliche Maßnahmen zur vorläufigen Bereitstellung der erforderlichen Mittel für den Wohnungsbau erforderlich, um diesen zeitlich unabhängig von den Beschlüssen der

Die Sparmaßnahmen des Staates und die damit zusammenhängende Drohung der Arbeiter bei Bahn und Post tragen erheblich zum Stillstand der Wirtschaft bei.

Endlich müßte noch eine letzte unumgängliche Voraussetzung erfüllt werden, um auch das Ausland für die Bautätigkeit in Polen zu interessieren.

Deutsche Volksbank SP. Z. O. O. Centrale Bydgoszcz Filialen: Chełmno, Koronowo, Grudziądz, Swiecie, Wejherowo, Wyrzysk. Schnellste und sorgfältigste Erledigung aller Bankgeschäfte Günstige Verzinsung von Spareinlagen in jeder Währung

wenn ausländisches Kapital sich nach Polen hereintrauen soll. Die Regierung dürfte kein Mittel unversucht lassen, um die Baubewegung zu fördern, da mit ihr jede Neubelebung der Wirtschaft

Weiterer Beschäftigungsrückgang der elektrotechnischen Industrie Polens. Den Berichten des statistischen Hauptamtes in Warschau entnehmen wir, daß im Laufe des Monats Mai und Anfang Juni ein weiterer Beschäftigungsrückgang in der polnischen elektrotechnischen Industrie eingetreten ist.

Firmennachrichten.

In dem Konkursverfahren der Firmen Bracia Szudlowicki und Dypski Kociński in Graudenz ist ein Ergänzungs-

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 19. Juli auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Loty am 18. Juli. Danzig: Ueberweisung 57,61—57,75, Berlin: Ueberweisung 46,875—47,075, London: Ueberweisung 43,35, New York: Ueberweisung 11,23, Zürich: Ueberweisung 57,70.

Warschauer Börse vom 18. Juli. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,53, 124,87 — 124,25, Belgrad —, Budapest —, Butarek —, Danzig 173,30, 173,00 — 172,87, Selsingfors —, Spanien —, Holland 358,75, 359,65 — 357,85, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 238,75, 239,35 — 238,15, London 43,35 1/2, 43,46 — 43,25, New York 1,002, 8,922 — 8,882, Oslo —, Paris 36,08, 35,17 — 34,99, Prag 26,42 1/2, 26,49 1/2 — 26,36, Riga —, Stockholm 239,65, 240,25 — 239,05, Schweiz 173,27, 173,70 — 172,84, Tallin —, Wien 125,92, 126,23 — 125,61, Italien 46,68 1/2, 46,81 1/2 — 46,57 1/2.

Amliche Devisen-Kotierungen der Danziger Börse vom 18. Juli. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London — Gd., — Br., New York — Gd., — Br., Berlin — Gd., — Br., Warschau 57,62 Gd., 57,76 Br., Noten: London 25,01 1/2 Gd., 25,01 1/2 Br., Berlin 122,62 Gd., 122,93 Br., New York — Gd., — Br., Holland — Gd., — Br., Zürich — Gd., — Br., Paris — Gd., — Br., Brüssel — Gd., — Br., Selsingfors — Gd., — Br., Kopenhagen — Gd., — Br., Stockholm — Gd., — Br., Oslo — Gd., — Br., Warschau 57,61 Gd., 57,75 Br.

Berliner Devisenkurse.

Table with columns: Diff. Distanz, Güte, In Reichsmark 18. Juli, In Reichsmark 17. Juli. Lists exchange rates for various countries like America, England, Holland, etc.

Züricher Börse vom 18. Juli. (Amlich.) Warschau 57,70, Paris 20,24 1/2, London 25,02 1/2, New York 1,1414, Belgien 71,87 1/2, Italien 26,94 1/2, Spanien 59,80, Amsterdam 207,05, Berlin 122,82 1/2, Wien 126,68, Stockholm 136,30, Oslo 137,80, Kopenhagen 137,80, Sofia 3,74, Prag 15,25 1/2, Budapest 90,20, Belgrad 9,12 1/2, Athen 6,67 1/2, Konstantinopel 2,44, Butarek 3,06, Selsingfors 12,95, Buenos Aires 1,86, Tokio 2,54 1/2, Privatdistanz 2 1/2 pCt. Bargeld 1 montl. 1 1/2 pCt.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,86 1/2, Zl., do. kl. Scheine 8,85 1/2, Zl., 1 Pfd. Sterling 43,19 1/2, Zl., 100 Schweizer Franken 172,59 1/2, Zl., 100 franz. Franken 34,94 Zl., 100 deutsche Mark 212,03 Zl., 100 Danziger Gulden 172,62 Zl., tschech. Krone 26,32 1/2, Zl., österr. Schilling 125,42 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 18. Juli. Festverzinsliche Werte: Kotierungen in Prozent: Broyd, Konvertierungsanleihe (100 Zloty)

55,00 G. Sproz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 98,50 +, 4proz. Konvertierungsanleihe der Posener Landschaft (100 Zl.) 42,00 +, Kotierungen je Stück: 6proz. Roggen-Zr. der Posener Landschaft (1 D.-Zentner) 22,50 +, Tendenz behauptet.

Produktenmarkt.

Getreide, Mehl und Futtermittel. Warschau, 18. Juli. Preise für 100 Kg. franko Station Warschau: Roggen 20—20,50, Weizen 50—51, Einheitshafer 23—24, Grütgerste 23—24, Braugerste ohne Umfas, Kurzwelzenmehl 85—90, Weizenmehl 4/0 75—80, Roggenmehl nach Vorschrift 37—38, grobe Weizenkleie 19—20, mittlere Weizenkleie 16—17, Roggenkleie 12,50—13. Geringe Umsätze, Tendenz ruhig.

Amliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 18. Juli. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Polen. Richtpreise: Weizen 48,00—49,00, Roggen 19,00—19,50, Malzgerste 18,75—21,25, Braugerste —, Hafer 22,00—23,00, Roggenmehl (65%) —, Roggenmehl (70%) 34,50, Weizenmehl (65%) 73,50—77,50, Weizenkleie 16,00—17,00, Roggenkleie 13,50—14,50, Sommerweide —.

Gesamt tendenz: beständig. Wegen des unbeständigen Wetters weiter ungenügendes Roggenangebot.

Berliner Produktenbericht vom 18. Juli. Getreide und Olsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk., 76—77 Kg., —, Roggen märk., 72 Kg., 172,00—177,00, Braugerste —, Futter- und Industrieernte 172,00—192,00, neue Wintergerste 160,00—172,00, Hafer märk. 176,00—184,00, Weizen für 100 Kg.: Weizenmehl 32,25—40,00, Roggenmehl 23,25—26,00, Weizenkleie 10,50—11,00, Roggenkleie 10,50—11,00, Viktoriaerbsen 19,00—20,00, bis 30,00, Al. Speiseerbsen 24,00—27,50, Futtererbsen 19,00—20,00, Peluchten 22,00—24,00, Ackerbohnen 17,00—18,50, Widen 21,00—23,00, Lupinen, blaue 19,00—20,00, Lupinen, gelbe 24,00—26,00, Geradella —, Kapseln 10,60—11,60, Leinölchen 15,80—16,50, Trockenrüben 8,70—9,50, Soja-Extraktionsöl 14,00—15,10, Kartoffel-Hoden 16,40—17,60.

Internationale Getreidepreise auf den wichtigsten in- und ausländischen Märkten in der Woche vom 7. bis 13. Juli 1930. (Durchschnittspreise für 100 Kilogramm in Zloty):

Table with columns: Märkte, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer. Lists prices for various markets like Warschau, Arafal, Polen, etc.

Materialienmarkt.

Edelmetalle. Berlin, 18. Juli. Silber 900 in Stücken je Kg. 47,50—49,50, Gold im freien Verkehr je 10 Gramm 28—28,20.

Viehmarkt.

Berliner Viehmarkt vom 18. Juli. (Amlicher Bericht der Preisnotierungskommission.) Auftrieb: 2280 Rinder, darunter 695 Ochsen, 486 Bullen, 1099 Kühe und Färjen, 1800 Käber, 9583 Schafe, — Ziegen, 7362 Schweine, 143 Auslandschweine.

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktpfeben und zulässigen Händlergewinn. Man zahlte für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen: Rinder: a) vollfleischige, ausgewähte höchste Schlachtwerts (jüngere) 60—62, b) vollfleischige, ausgewähte höchste Schlachtwerts im Alter von 4 bis 7 Jahren 47—49, c) junge, fleischige nicht ausgewähte und ältere ausgewähte 54—56, d) mächtig genährte jüngere und gut genährte ältere 48—52, Bullen: a) vollfleischige, ausgewähte höchste Schlachtwerts 56—58, b) vollfleischige jüngere höchste Schlachtwerts 54—56, c) mächtig genährte jüngere und gut genährte ältere 53—54, d) gering genährte 50—53, Kühe: a) jüngere, vollfleischige höchste Schlachtwerts 42—48, b) sonstige vollfleischige oder ausgewähte 36—40, c) fleischige 29—33, d) gering genährte 25—27, Färjen (Kalbinnen): a) vollfleischige, ausgewähte höchste Schlachtwerts 54—56, b) vollfleischige 50—52, c) fleischige 44—48, Fresser: 43—48, Käber: a) Doppellender feinsten Mast —, b) feinste Mastfäler 65—70, c) mittlere Mast- und beste Saugtäler 63—65, d) geringe Mast- und gute Saugtäler 43—50, Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast —, 2. Stallmast 65—67, b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte junge Schafe 1. 60—63, 2. 48—50, c) fleischiges Schafvieh 50—53, d) gering genährtes Schafvieh 38—45, Schweine: a) Fettchweine über 3 Ztr. Lebendgew. 67—69, b) vollfleischige von 240—300 Pfd. Lebendgewicht 68—70, c) vollfleischige von 200—240 Pfd. Lebendgewicht 68—70, d) vollfleischige von 160—200 Pfd. Lebendgewicht 68—69, e) 120—160 Pfd. Lebendgewicht 64—66, f) vollfleischige unter 120 Pfd. —, g) Sauen 62, Ziegen: —.



Kenner kaufen

Jähne-Pianos

Nicht zu vergleichen mit Massenware. — Prämiert mit goldenen Medaillen auf jeder Ausstellung.

Ausstellungs-Salon

Bydgoszcz

Gdańska 149 — Telefon 2225

Ratenzahlungen bis 18 Monate.

Filiale Poznań, Sw. Marcin 43.



Kursy Samochodowe Z. Rochańskiego

Auto-Fahrschule

Bydgoszcz, 3-go Maja 14 a. Tel. 1185
(Unterricht von 8-20 Uhr)

bilden Berufs- u. Herrenfahrer aus

Die bei uns eingeführte patentierte Doppelsteuerung erleichtert und beschleunigt den Unterricht. Prospekte auf Wunsch. — Meldungen werden täglich entgegengenommen. — Die Prüfungen werden je nach Wohnsitz des Kandidaten in Poznań oder Toruń abgelegt.

Für gantztägig Beschäftigte Abendkurse.
Für schwach polnisch Sprechende Sonderunterricht.
Günstige Zahlungsbedingungen. 7488

Gegründet 1845

J. Pietschmann & Co., Bydgoszcz

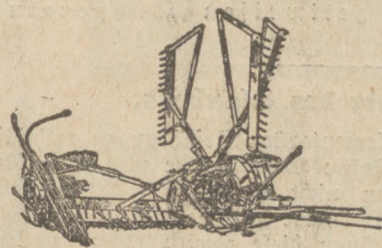
Konlor, Fabrik und Verkaufsstelle:
Grudziądzka 7/11

Dachpappen - Fabrik

la Dachpappe, Klebepappe, Klebemasse
Teer etc. sowie Baumaterialien

Bedachungsgeschäft

Ausführung sämtl. Dacharbeiten
unter Aufsicht eines Fachmannes.
Tel. 82 und 2245. 7465



Sofort ab Lager
lieferbar:

**Getreide-
mäher**
„DEERING“ u.
„CORMICK“

neueste Ausführung,
mit staubdicht
gekapselten, im Oelbade laufenden Getrieben, schwer ver-
zinktem Stahlfisch und vielen anderen Verbesserungen

Grasmäher: „Deering“ und „Cormick“

Heurechen: Fabrikat „Ventzki“ u. „Cegielski“

**Heuwender
Schleifsteine**

Vorderwagen
Großes Ersatzteillager

Gebrüder Ramme, Bydgoszcz
Sw. Trójcy 14b Telefon 79



S. Szulc, Bydgoszcz

Dworcowa 63 Tel. 840 u. 1901
Spezialhaus f. Tischlerei- u. Sargbedarfsartikel
Fabriklager in Tischen u. Stühlen. 7517
Empfehle zu konkurrenzlosen Preisen:
Möbel-, Sarg- und Baubeschläge
Werkzeuge, Leim, Schellack
Leimstreckmittel „Pudrus“
Matratzen, Marmorgarnituren usw.

Bergeffen Sie nicht, sich rechtzeitig für
die Weinbereitung mit 7510

Riginger Reinzuchtheife

zu verlangen, die Ihnen Gewähr für unbeding-
tes Gelingen des Weins bietet. Zu 1,50 u. 2,50 zł
in über 20 Rollen überall. In Bromberg bei
Sendemann u. Bogacz, in Hotel b. Sturzel. Auch
direkt v. der Generalvertretung Rogozno Włocław.
Roscielna 23. Preisliste üb. alle Gattartitel tret.

Grasmäher

Getreidemäher

Pferderechen

Vorkarren

Schleifsteine

Ersatzteile
zu Mähmaschinen
aller Systeme

empfehlen
E. Schulze & T. Majewski
Bydgoszcz 6383
Dworcowa 70/71. Tel. 56.



**Sommer-
sprossen
gelbe
Flecke**

**Sonnen-
brand**
besiegt
unter
Garantie

Apothek. J.v. Gadebusch

„Axela“-Creme
1 Dose 2,50 zł, dazu

„Axela“-Seife
1 Stück 1,25 zł.

Zu haben in Apotheken
Parfümer., Drogerien,
und direkt durch die
Firma J. Gadebusch,
Poznań, ul. Kowa Nr. 7.

In Bydgoszcz zu haben
in folgend. Apotheken:
„Apteka pod Aniołem“
ul. Gdańska; „Apteka
pod Labedziem“, ul.
Gdańska 5; Apotheke
Kuzaj, ul. Długa; „Ap-
teka Piastowska“, Pl.
Piastowski; „Apteka
pod Koroną“, Dworo-
wa 74; Apoth. Rochon,
ul. Niedzwiedzia; Apo-
theke Umbreit, Okole.
In Drogeriehandlungen:
Fr. Bogacz, Dworcowa
Nr. 94; St. Bożanski,
Gdańska 23; M. Buczał-
ski, Okole, ul. Grun-
waldzka 133; „Drogeria
pod Labedziem“, Gdan-
ska 5; „Drogeria pod
Lwem“, Sienkiewicza
Nr. 48; J. Gluma, Dwor-
cowa 19a; H. Gundlach,
Poznańska 4; W. Heyde-
mann, Gdańska Nr. 20;
R. Górski, Zbożowy
Rynek 3; B. Kiedrowski,
Długa 64; L. Kinder-
mann, Dworcowa; Kop-
czyński, ul. Sniadeck-
kich; H. Kaffler, ul.
Gdańska 22; A. B. Le-
wandowski, Długa 41;
J. Owczarek, Grun-
waldzka 13, H. Stark,
Gdańska 48; M. Walter,
Gdańska 47; „Sawonia“,
Długa 20; C. Schmidt,
Sniadeckich; A. Schie-
felbein, Bocianowo 1
und Hetmańska 25;
in **Koronowo:** Droge-
handlg. A. Kortz; Apoth.
Nowacki; in **Białosłiwie:**
Drogenhdg. A. Ochocki;
Apotheke J. Warda;
in **Osie:** Drogehand-
lung A. Kloniecki; in
Łobeznica: Apotheke
J. Reinholz; in **Tuchola:**
Drogenhandl. St. Waw-
rzynowicz; in **Pruszcz:**
Apoth. J. Bujalski; in
Sepolno: Apoth. J. Naatz,
Rynek; Alojzy Kneba,
Rynek 17. 7482



„Kosmos“ Creme u. Seife

beseitigt unter Garantie Hautausschläge
Pickeln, Mitesser, Sommersprossen, Flechten,
sowie alle Hautunreinigkeiten. Macht er-
staunlich weiche, weiße Haut, gibt blühendes,
rosiges und frisches Aussehen. 7472

Preis Creme 2,50, Seife 2.—, zu haben nur in der
Drogerie „Kosmos“ Parfümerie
J. Gluma, Dworcowa 19a.

Gratis nicht aber außerge-
wöhnlich billig kaufen
Sie jetzt, zu nochmals
stark reduzierten Preisen

alle Arten von
Pelzen

für Damen und Herren

Innenfutter und verschiedene moderne
Felle für Besätze bei

„Futeral“

Bydgoszcz, Dworcowa 4
Telefon 308.

Filiale: **Podwale 18, Tel. 1247.**

Achtung!
Bis zum 1. August werden jeder
Art Reparaturen in der eigenen
Kürschnerwerkstatt, zu bis 35% redu-
zierten Preisen angenommen. 6552

2 kompl. Dreschgarnituren

Sanz-Lokomobile

Jahrgang 1908, 20 qm Heizfläche,
ef. 25 PS, Dreschkasten, 66 Zoll, Jahr-
gang 1925, sämtl. Lager, einschließ-
lich Kurbellager mit Kugellagern.

Flöther-Lokomobile

Jahrgang 1912, 9,5 qm Heizfläche,
ef. 16 PS, Dreschkasten, Rusthon-
Proktor 54 Zoll, auf Kugellagern.
Beide Garnituren im besten Zustand,
sehr preiswert abzugeben.
Offerten an 7966

St. Kazmierski i Ska.

Leszno — Tel. 241.

Prima

oberschlesische

Steinkohle

und
Hüttenkoks

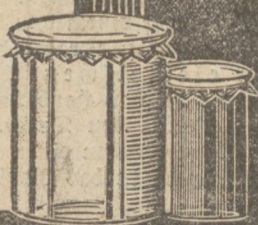
Brennholz

und beste
**Buchenholz-
kohle**

liefert
**Andrzej
Burzynski**
ul. Sienkiewicza 47
Telefon 206.

Pergamentpapier
und Glashaut

für
Einmachgläser



A. DITTMANN T. Z. O. P.

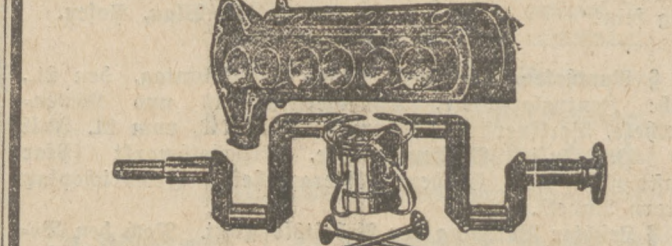
BYDGOSZCZ Marsz. Focha 45 — Tel. 61



**A. MEDZEG
FORDON**
TEL. 5



Zum Frühjahr
meine 7483
Drahtgeflechte
A. Maennel
Nowy-Tomyśl 6.



Zylinderschleifen

jeglicher Art
auf der neuesten Präzisions-Schleifmaschine Polens.
„AUTOARMA“ Sniadeckich 45.
Telefon 1824.

Müller: Donnerwetter! Ihr Hausbier schmeckt ja viel besser als
unseres, liegt das an der Zubereitung?
Schulze: Das glaube ich nicht, denn das Rezept steht auf
allen Fabrikaten.

aber

kaufen Sie, wie es meine Frau jetzt macht, nachdem
sie alle Fabrikate durchprobiert hat,

nur

das Braumalz Marke Heimbier

der Industrie-Werke **K. Bloch, Danzig, Steindamm 25a-30**
Dann wird Ihnen Ihr Hausrunk ebenso vorzüglich munden.
Fabriklager Bydgoszcz, Unji Lubelskiej 1a. 3117
Fabriklager für andere Städte noch zu vergeben.

Prima Oberschles.

Steinkohlen, Hüttenkoks

für Industrie u. Hausbrand, waggonweise und Kleinverkauf
offeriert

„Ge-Te-We“

Górnośląskie Towarzystwo Węglowe Katowice.

Kohlenverkaufsbüro des Konzerns
Giesecke Sp. Akc. :: Katowice

Filiale: **Bydgoszcz, Dworcowa 59.**
Telefon 668 und 1593. 7211

Genossenschaftsbank Poznań

spółdz. z ogr. odp.

Oddział w Bydgoszczy, ul. Gdańska 162

Telefon 291, 374, 373.
Drahtanschrift: Raiffeisen.

Postscheckkonto Poznań Nr. 200182.
Girokonto: Bank Polski, Bydgoszcz.

Eigenes Vermögen 5.700.000.— zł. / Haftsumme rund 11.000.000.— zł.

Annahme von Spareinlagen in Złoty und fremder Währung gegen höchstmögliche Verzinsung.
Laufende Rechnung. Scheckverkehr. An- und Verkauf und Verwaltung von Wertpapieren.

Bank-Incassi. An- und Verkauf von Sorten und Devisen. **Vermietung von Safes.**